

Herabsetzung der Rüstungsausgaben beider deutscher Staaten um jeweils die Hälfte;

Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeglicher Form sowie über ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ;

Eintreten der Regierungen der DDR und der Bundesrepublik für normale Beziehungen beider deutscher Staaten zu den anderen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischen Staaten zu beiden deutschen Staaten.

Diese Vorschläge der DDR sind ein Minimalprogramm der friedlichen Koexistenz. Sie stellen den ersten Schritt über jene Schwelle dar, die anmaßendes, friedensgefährdendes Großmachtstreben von ehrlichem Eintreten für gutnachbarliches Nebeneinander trennt.

Die westdeutsche Regierung konnte nicht mehr umhin, sich mit dem Schreiben der Regierung der DDR zu beschäftigen. Sechs Wochen lang war die gesamte Bonner Führungsspitze in eine fruchtlose Debatte darüber verstrickt, ob man überhaupt antworten solle und ob man sich mit einer Antwort direkt an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR wenden dürfe.

Nach all diesem Hin und Her hat der Bonner Kanzler nunmehr eine Antwort überbringen lassen. Darin werden leider alle Vorschläge des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR abgelehnt. Dem Angebot von dringend notwendigen Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und dem westdeutschen Bundeskanzler setzt die Bonner Regierung die annexionistische Alleinvertretungsanmaßung als politische Vorbedingung für Verhandlungen entgegen. Das bedeutet: Die westdeutsche Regierung will über alle Deutschen bestimmen und erreichen, daß sich die DDR und ihre Bürger den westdeutschen Rüstungsmilliardären und Neonazis unterwerfen. Das wird niemals geschehen! Soll es normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geben, so muß die westdeutsche Regierung auf alle Vorbedingungen verzichten.

Es erhebt sich die Frage, warum der Vorsitzende der CDU und westdeutsche Kanzler, Herr Kiesinger, sich so starrsinnig weigert, auf den denkbar einfachsten Vorschlag einzugehen, nämlich Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR zu führen? Hat die Regierung Kiesinger ihr Amt nicht mit der Erklärung angetreten, eine